

Liebe Leserin, lieber Leser,

Mit einem Paukenschlag haben die Grünen sich in die Ratsferien verabschiedet: Eine Woche nach der gescheiterten Wahl der Umwelt- und Wirtschaftsdezernentin haben sie das Ampelbündnis im Rat verlassen.

Eine interessante Lektüre und weiterhin erholsame Ferien wünscht
Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Grüne treten aus der „Ampel“ aus

Nachdem die grüne Kandidatin für das Umwelt- und Wirtschaftsdezernat – wie in unserer letzten [Ausgabe](#) berichtet – in der Ratsversammlung am 15. Juli nicht die erforderliche Mehrheit erhalten hatte und ihr bei der Wahl Stimmen aus unserem Ampelbündnis versagt worden waren, haben die Grünen das Ratsbündnis mit unserer Fraktion und der FDP aufgekündigt.

So sehr dieser Schritt angesichts der gescheiterten Wahl verständlich sein mag, so halten wir ihn doch für das falsche Signal. Der Austritt der Grünen aus der „Ampel“ wird eine Neuauflage des Bündnisses nach der Kommunalwahl am 12. September erschweren und stellt zudem die notwendige Handlungsfähigkeit einer soliden Mehrheit im Rat bis zum Ende der Wahlperiode am 31. Oktober in Frage.

Und schließlich stellt die Aufkündigung der „Ampel“ im Rat auch die zahlreichen



Einer der größten Erfolge des Ampelbündnisses: die Beratungen des Doppelhaushalts 2021/2022. Am 29. Januar 2021 präsentierten die Fraktionsvorsitzenden von FDP, Bündnis 90/Die Grünen und SPD der Presse die Ergebnisse: Wilfried Engelke, Elisabeth Clausen-Muradian, Daniel Gardemin und Lars Kelich (v.l.).

Erfolge in Abrede, die unser Bündnis mit den Grünen und der FDP in den vergangenen fünf Jahren zweifelsohne erreicht hat. Sie sind nachzulesen in unserer [Bilanz für die Ratsperiode 2016–2021](#).

Verbesserung des Bürger*innenservice

Aufgrund der Corona-Pandemie ist es in den letzten Monaten zu erheblichen Engpässen beim Service für die Bürger*innen in unserer Stadt gekommen. Verschiedene Dienststellen, voran die Bürgerämter und die Kfz-Zulassungsstelle, waren wegen wiederholten Ausfalls von Personal an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gekommen. Die Kritik an Hannovers Bürger*innenservice nahm dementsprechend zu, doch soll sie bald der Vergangenheit angehören.

In der letzten Sitzung des zuständigen Finanzausschusses vor der Sommerpause hat der zuständige Dezernent, unser Stadtkämmerer Axel von der Ohe, am 14. Juli erläutern lassen, wie die Engpässe abgebaut werden sollen. So werden die Bearbeitungszeiten im Pass- und Meldewesen wie auch bei der Kfz-Zulassung in den nächsten Wochen erheblich verkürzt werden können; sie sollen bis Ende des Jahres jeweils nur noch eine Woche betragen. Hierfür wurde neben dem Einsatz von zusätzlichem Personal nun auch ein weiteres Bürgeramt geschaffen, das Anfang August seine Arbeit im Ihmezentrum aufgenommen hat. Im September soll dann auch das Bürgeramt Ricklingen wieder geöffnet werden, das coronabedingt geschlossen worden war. Neue Software soll ab dem Herbst die Terminvereinbarungen vereinfachen und beschleunigen, und zudem soll das Bürgeramt in Bemero-de im kommenden Jahr erweitert werden.

Auch bei der Ausländerbehörde soll durch verschiedene Reorganisationsprozesse der Service ausgeweitet und beschleunigt werden. Die Behörde soll in diesem Kontext – entsprechend unserem Antrag – zu einem „[Immigration and Welcome Center](#)“ umgebaut werden.

Druck auf die Sanierung des Ihmezentrums

Erneut ist die Sanierung des Ihmezentrums ins Stocken geraten. Obwohl die Stadt über ihre Mietverträge Druck auf den Investor aufgebaut hatte, ist dieser offenkundig nicht in der Lage, seinen Verpflichtungen nachzukommen. So geht es weder bei der Herrichtung eines Weges durch das Ihmezentrum, für die sogar Bundesmittel von zwei Millionen Euro aus dem Programm „Nationale Projekte des Städtebaus“ bereitstehen, noch bei der Fassadensanierung an der Blumenauer Straße voran.

Demgegenüber hat die Stadtverwaltung erhebliche Investitionen im Umfeld des Ihmezentrums getätigt, um die Instandsetzung dieser städtebaulich wichtigen Immobilie



Das Ihmezentrum von der Ihme aus.

ihreseite zu unterstützen. Das wichtigste Zugeständnis der Landeshauptstadt war hierbei die Zusage, als Mieterin umfangreicher Büroflächen im Ihmezentrum zu verbleiben, sofern die Sanierung in bestimmten Schritten vorangetrieben würde. Diese Schritte waren vor drei Jahren in einem Vertrag zwischen der Stadt und dem Investor fixiert worden.

Die schleppenden oder in Teilen fehlenden Baufortschritte am Ihmezentrum wecken nun erneut – nicht nur bei der Stadtverwaltung – den Verdacht, dass der Investor gar nicht an einer Sanierung interessiert sei. Mit einem neuen [Vertrag](#), der klare Bedingungen für den Verbleib städtischer Dienststellen in dem Gebäudekomplex festschreibt, hat die Landeshauptstadt nun nochmals den Druck auf den Investor und seine Projektgesellschaft PIZ erhöht, ihren Sanierungsverpflichtungen nachzukommen.

Diesem Vertrag haben wir am 21. Juli im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss zugestimmt. Dabei wurde einerseits die klare Verhandlungslinie der Stadt ebenso gelobt wie ihr Bekenntnis zum Ihmezentrum wegen seiner „Bedeutung stadtentwicklungspolitisch über den Stadtteil hinaus“, während andererseits das begründete Misstrauen gegenüber dem Investor deutlich erkennbar war.

Für Vielfalt, gegen Rassismus

Nachdem ein Kandidat für die Ratsversammlung aufgrund seiner Hautfarbe und Herkunft mit einem Schmähtext überzogen worden ist, haben wir erneut unsere Position gegen Rassismus bekräftigt. „Wir treten entschieden dagegen ein, dass Mitglieder unserer Stadtgesellschaft ausgegrenzt oder diskriminiert werden“, erklärte unser Fraktionsvorsitzender Lars Kelich, und „sehen es als unsere politische Aufgabe an, dafür zu sorgen, dass allen Menschen, die in Hannover leben, die Leistungen und Angebote unserer Stadt gleichermaßen zugänglich sind“.

Deshalb setzen wir uns für eine Antidiskriminierungsvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt und öffentlichen Einrichtungen ein. Sie soll ein deutliches Zeichen gegen Gewalt, Rassismus und Antisemitismus darstellen.

Zudem leisten Menschen mit einer Migrationsgeschichte als Ehrenamtliche gerade in einem kommunalpolitischen Mandat einen wichtigen Beitrag für unser Gemeinwesen, da sie gesellschaftliche Teilhabe in besonders verantwortlicher Weise vorleben und voranbringen. Wir erwarten deshalb auch vom künftigen Rat, der am 12. September gewählt und erstmals am 4. November zusammengetreten wird, dass er sich klar zu Migration, Vielfalt und Teilhabe bekennt.



Facebook-Post vom 14. Juli.

Luftfilter an Schulen

Entgegen ihrer Zusage in einem Gespräch von Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) mit den Vorsitzenden der demokratischen Ratsfraktionen will die Stadt nun doch keine Förderanträge für den Einbau von Luftfiltern an Schulen stellen. In dem Gespräch zum Beginn der Ratsferien hatte der OB noch zugesagt, die Förderung für den Einbau entsprechender Geräte in ausgewählten Schulräumen zu beantragen.

Wir erwarten, dass Luftfilter zumindest in solchen Räumen aufgestellt werden, die derzeit für den Unterrichtsbetrieb gesperrt sind. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, den Schulbetrieb für alle Schulkinder ab dem 2. September zu sichern.

Aus der Ratsversammlung

Auf der Tagesordnung der letzten Ratsversammlung am 15. Juli, über die wir bereits in der letzten Ausgabe unseres Newsletters berichtet hatten, stand u.a. auch eine Anfrage unserer Fraktion. Wir hatten vor dem Hintergrund unseres Antrages zur [Förderung des Radfahrens von städtischen Beschäftigten](#) wissen wollen, wie die Verwaltung diesem Antrag gerecht geworden ist. In der [Antwort der Stadtverwaltung](#) wurde deutlich, dass neben der Bereitstellung von Dienstfahrrädern die Verwaltung die Nutzung privater Räder für dienstliche Zwecke vergütet. Zudem soll es möglich werden, Diensträder zu leasen. Die tariflichen Voraussetzungen hierfür sind bereits geschaffen worden. Insofern fördert die Landeshauptstadt auch auf diesem Gebiet den Radverkehr in unserer Stadt.

Sommerferien

In der Woche vor der Kommunalwahl werden die Ratsgremien ihre Arbeit nach der Sommerpause wieder aufnehmen, und auch unsere Fraktion wird sich am 7. September zu ihrer nächsten Sitzung versammeln.

Unsere Fraktionsgeschäftsstelle ist während der Sommerferien durchgängig besetzt, wenngleich nicht in voller Stärke. Wir bitten deshalb um Verständnis, sollten einmal Anfragen nicht umgehend beantwortet werden können.

Unser nächster Newsletter wird voraussichtlich am 17. September erscheinen.

Eine Stadt für alle.

Impressum

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse, Lars Kelich.
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de,

Facebook: <https://www.facebook.com/SPDRatsfraktionHannover>,

Instagram: <https://www.instagram.com/spdrathannover/>, Twitter: <https://twitter.com/spdrathannover/>

Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.